

BEFÖRDERUNGSVERTRAG

zwischen dem

**Verein "Hilfe für das lernbehinderte Kind e. V." im Landkreis Kronach,
Güterstraße 18
96317 Kronach
vertreten durch den 1. Vorsitzenden Landrat Klaus Löffler,**

- im folgenden Schulaufwandsträger genannt -

und

**Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.**

- nachstehend Unternehmer genannt -

folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Beförderung

1. Der Unternehmer verpflichtet sich, die berechtigten Schüler der Pestalozzi-Schule Kronach (und ggf. Busbegleiter) an allen Schultagen mit Kraftfahrzeugen aus den folgenden Gemeindegebieten

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

zum Schulstandort **Klicken Sie hier, um Text einzugeben.** und wieder nach Hause oder in die Kindertagesstätte (oder ähnlichem) zu befördern.

2. Der Schulaufwandsträger legt dem Unternehmer in der letzten Schulwoche des ablaufenden Schuljahres einen aktuellen Haltestellenplan aus dem die Haltestellen, die Schülerzahlen und die Schulzeiten hervorgehen vor. Aus diesem Haltestellenplan erstellt der Unternehmer die Linienplanung sowie die einzelnen Linienpläne. Die Linienplanung sowie die einzelnen Linienpläne werden spätestens zwei Wochen vor Schuljahresbeginn in Absprache mit dem Schulaufwandsträger vom Unternehmer festgelegt.
3. Die Linienpläne und der Haltestellenplan werden zum Bestandteil dieses Vertrages. Die Linienpläne bedürfen der Zustimmung des Schulaufwandträgers. Streckenführung, Haltestellen und Fahrtzeiten sind genau einzuhalten. Abweichungen von der Streckenführung sind nur zulässig, wenn die Einhaltung aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist.
4. Der Unternehmer entscheidet welche Art von Fahrzeugen er für die Beförderung auf den einzelnen Linien nutzt. Die Fahrzeuge dürfen max. 15 Fahrgastsitze haben.

Die tatsächlich eingesetzten Fahrzeuge werden im Linienplan mit Angabe des amtlichen Kennzeichens genau benannt.

5. Vom Schulaufwandsträger gewünschte spätere Änderungen des Linienplanes (Nr. 3) hat der Unternehmer zu entsprechen, sofern ihm dies zumutbar ist.
6. Leistungsänderungen nach Nr. 5 erfordern das Einvernehmen der Vertragspartner über das Beförderungsentgelt.
7. Änderungen im Schulbetrieb (z. B. schulfreie Tage) werden dem Unternehmer vom Schulleiter unverzüglich bekanntgegeben. Nr. 6 gilt entsprechend. Ist eine Anpassung nicht möglich, kann der Schulaufwandsträger oder der Schulleiter insoweit den Unternehmer von der Beförderungspflicht entbinden.
8. Kommt der Unternehmer seiner Beförderungspflicht nicht nach, so ist der Schulaufwandsträger unabhängig von einem etwaigen Kündigungsgrund (§ 7 Nr. 4) berechtigt, die Beförderung der Schüler auf Kosten des Unternehmers durch einen Dritten durchführen zu lassen.
9. Berechtigt und zu befördern sind die Schüler, deren Beförderung nach der Verordnung über die Schülerbeförderung und nach dem Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulweges in Verbindung mit der dazu erlassenen Ausführungsverordnung notwendig ist. Soweit der Schulaufwandsträger Berechtigungsausweise ausgibt, haben die Schüler ihre Berechtigung auf Verlangen durch den Ausweis nachzuweisen.
10. Der Unternehmer unterrichtet den Schulaufwandsträger unverzüglich über Überbelegungen der eingesetzten Kraftfahrzeuge (§ 1 Nr. 4), Abweichungen von der Streckenführung (§ 1 Nr. 3) und über besondere Gefahrenquellen für den Schulbusbetrieb auf Fahrstrecken und an Haltestellen.

§ 2 Kraftfahrzeuge

Die Kraftfahrzeuge müssen ständig den Regelungen des diesem Vertrag als Anlage 1 beigefügten Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Schülerbeförderung besonders eingesetzt werden, sowie den gültigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

§ 3 Fahrer

1. Der Unternehmer darf nur zuverlässige und für die Schülerbeförderung geeignete Fahrer einsetzen. Die Fahrer von Omnibussen und Kleinbussen müssen die Erlaubnis zur Fahrgastbeförderung (§ 48 FeV) besitzen.
Mit Zustimmung des Schulaufwandsträgers kann der Unternehmer für Kleinbusse auch Fahrer einsetzen, die die Erlaubnis zur Fahrgastbeförderung (§ 48 FeV) nicht besitzen, wenn der Einsatz aushilfsweise und für die Dauer von nicht mehr als vier Wochen im Schuljahr erfolgt und die Fahrer folgende Voraussetzungen erfüllen:
 - Sie müssen das 23. Lebensjahr vollendet und dürfen das 65. Lebensjahr noch nicht erreicht haben;
 - sie müssen ihre geistige und körperliche Eignung durch ein amtsärztliches Zeugnis oder das Zeugnis eines hauptamtlich angestellten Betriebsarztes oder das Gutachten einer amtlich anerkannten medizinisch-psychologischen Untersuchungsstelle nachweisen;
 - sie müssen nachweisen, dass sie innerhalb der letzten fünf Jahre zwei Jahre lang ein Fahrzeug der Klasse 2 oder der Klasse 3 geführt haben;

- sie müssen durch ein Zeugnis über die Teilnahme an einem anerkannten Lehrgang nachweisen, dass sie bei Unfällen Erste Hilfe leisten können;
- sie müssen im Besitz der erforderlichen Fahrerlaubnis sein;
- sie müssen jeweils nach Ablauf von drei Jahren hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Eignung überprüft werden.

2. Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrer § 9 BOKraft einhalten. Auf Verlangen des Schulaufwandsträgers hat der Unternehmer ärztliche Zeugnisse für die Fahrer vorzulegen, die nachweisen, dass eine ansteckungsfähige Tuberkulose oder andere ansteckungsfähige Erkrankungen der Atmungsorgane nicht vorliegen.
3. Auf Verlangen des Schulaufwandsträgers darf der Unternehmer bestimmte Fahrer nicht mehr einsetzen, wenn Tatsachen vorliegen, die gegen die Eignung oder Zuverlässigkeit des Fahrers sprechen.
4. Auf Verlangen des Schulaufwandsträgers hat der Unternehmer die Fahrer einmal im Jahr für Schulungen und Informationsveranstaltungen für Schulbusfahrer freizustellen und dafür zu sorgen, dass die betreffenden Fahrer an den Veranstaltungen teilnehmen.
5. Der Unternehmer hat die Fahrer zur erhöhten Vorsicht anzuhalten und auf die besonderen Gefahren und Eigenheiten, die sich bei der Schülerbeförderung ergeben, hinzuweisen.
6. Der Unternehmer hat das als Anlage 2 diesem Vertrag beigefügte Merkblatt den Fahrern gegen Unterschrift auszuhändigen und darauf zu achten, dass die Fahrer die darin enthaltenen Bestimmungen einhalten.

§ 4

Haftung und Versicherung

Der Unternehmer ist verpflichtet, den Schulaufwandsträger von allen Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen oder Dritten wegen der in diesem Vertrag vereinbarten Beförderungen erhoben werden, es sei denn, das schadenstiftende Ereignis beruht auf einem Verschulden von Personen, für die der Schulaufwandsträger einzustehen hat. Er ist verpflichtet, sich, seine Fahrer und die Insassen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern.

§ 5

Vergütung

1. Der Unternehmer erhält für die ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen eine Vergütung von

Klicken Sie hier, um Text einzugeben. pro Besetzkilometer zzgl. Mehrwertsteuer

sowie eine Vergütung von Klicken Sie hier, um Text einzugeben. je eingesetzter Begleitperson pro Fahrt zzgl. Mehrwertsteuer, falls dies erforderlich ist.

Über den Einsatz der Busbegleitung entscheidet der Schulaufwandsträger.

2. Die Vergütung wird grundsätzlich nur für die tatsächlich ausgeführten Fahrten bezahlt.
3. Fahrten gemäß § 1 Nr. 6, die im Fahrplan nicht vorgesehen sind, sind gesondert unter Angabe des Fahrtweges und des Zwecks der Fahrt gemäß Nr. 1 abzurechnen.
4. Die Vergütung wird vom Schulaufwandsträger monatlich im Nachhinein gezahlt und zwar innerhalb von drei Wochen nach Eingang der Rechnung des Unternehmers.

§ 6

Preisanpassung Treibstoff

1. Für diese Preisklausel wird von folgender Maßgabe ausgegangen:

Der Anteil der Treibstoffkosten am Besetzkilometerpreis beträgt 16,00 Prozent. Der sich daraus ergebende Preisbestandteil wird im Folgenden als „Treibstoffentgelt“ bezeichnet.

2. Nach Ablauf des ersten Vertragsjahres kann eine Erhöhung oder Senkung des Treibstoffentgelts zu Beginn des jeweiligen nachfolgenden Vertragsjahres nach Maßgabe der folgenden Absätze erfolgen.
3. Maßgebend ist für das Treibstoffentgelt der monatlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Preisindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (GP) für Dieselkraftstoffe ab Tankstelle (GP-Nummer 1920 26 005 3).
4. Ist nach dem vorgenannten Index der Jahresdurchschnitt des Dieselpreises im zweiten Vertragsjahr mindestens zehn Prozent höher oder niedriger als im ersten Vertragsjahr, wird das Treibstoffentgelt ab dem dritten Vertragsjahr um diesen Prozentsatz erhöht oder gesenkt. Von diesem Erhöhungs- oder Senkungsbetrag werden im Fall einer Erhöhung 10 % abgezogen (Selbstbeteiligung). Im Fall einer Senkung werden 10 % aufgeschlagen. Der sich daraus ergebende Preis ist das neue Treibstoffentgelt.
5. Bei einer möglichen Erhöhung bzw. Senkung zu Beginn des zweiten Vertragsjahres wird auf den Vergleich des Preisindexes zwischen dem Monat Juni 2026 und Mai 2027 abgestellt. Die Mindestprozentzahl sowie die Selbstbeteiligung bzw. der Aufschlag aus Nr. 4 gelten entsprechend.
6. Eine Preiserhöhung setzt ein Verlangen des Beförderers voraus. Eine Preissenkung erfordert kein Verlangen.

§ 7

Preisanpassung Mindestlohn

1. Für diese Preisklausel wird von folgender Maßgabe ausgegangen:

Der Anteil der Lohnkosten für Fahrer, die mit dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt werden, am Besetzkilometerpreis beträgt 54,60 Prozent. Der sich daraus ergebende Preisbestandteil wird im Folgenden als „Mindestlohnentgelt“ bezeichnet.

2. Nach Ablauf der ersten beiden Vertragsjahre kann eine Erhöhung des Mindestlohnentgelts zu Beginn des dritten Vertragsjahres nach Maßgabe des Abs. 3 erfolgen.
3. Erhöht sich der gesetzliche Mindestlohn um mindestens 7,5 % (egal ob durch eine einzelne oder mehrere Erhöhungen), erhöht sich das Mindestlohnentgelt um denselben Prozentsatz. Ausgangspunkt ist der gesetzliche Mindestlohn bei Ende der Angebotsfrist. Von dem Erhöhungsbetrag werden 10 % abgezogen (Selbstbeteiligung). Dies ist das neue Mindestlohnentgelt.
4. Die Entgelterhöhung erfolgt nur auf Verlangen des Beförderers.

§ 8

Sonstige Pflichten des Schulaufwandsträgers

1. Der Schulaufwandsträger wirkt in Zusammenarbeit mit der Schule auf die Schüler und deren Erziehungsberechtigte dahingehend ein, dass sich die Schüler während der Fahrt ordnungsgemäß verhalten.
2. Der Schulaufwandsträger setzt sich dafür ein, dass die Fahrer in geeigneter Weise über die besonderen Gefahren und Eigenheiten der Schülerbeförderung unterrichtet werden.
3. Hat der Unternehmer Zweifel an der Berechtigung einzelner Schüler gemäß § 1 Nr. 10, so teilt ihm der Schulaufwandsträger auf Verlangen mit, ob der Schüler nach § 1 Nr. 10 berechtigt ist.

§ 9

Vertragsdauer

1. Der Vertrag tritt zum 01.09.2026 in Kraft.
2. Der Vertrag kann zum Ende jeden Schuljahres gekündigt werden.
3. Die Kündigung zum Ende des Schuljahres muss dem Vertragspartner spätestens am 31. März zugehen. Geht dem Vertragspartner bis dahin keine Kündigung zu, verlängert sich der Vertrag stillschweigend um ein weiteres Schuljahr.
4. Zu Beginn jeden Schuljahres sind, soweit erforderlich, der Haltestellenplan, die Linienplanung und bei anderer voraussichtlicher Schülerzahl auch die Kapazität gemäß § 1 Nr. 4 neu festzulegen. Ist der Unternehmer nicht in der Lage, den notwendigen Änderungen Rechnung zu tragen, so kann der Vertrag schon vor Ablauf der in Nr. 2 bestimmten Frist gekündigt werden.
5. Eine außerordentliche Kündigung seitens des Unternehmers oder der Schulaufwandsträgers ist nur aus wichtigem Grund und ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Vertragspartner vorsätzlich oder grob fahrlässig oder trotz Abmahnung wiederholt gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstoßen hat.
6. Kündigungen bedürfen der Schriftform.
7. Der Vertrag endet spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2028 / 2029.
Eine Verlängerung darüber hinaus ist ausgeschlossen.

§ 10

Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten insbesondere:

- die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers
- der Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse (Anlage 1)
- das Angebot des Auftragnehmers
- die VOL Teil B (in ihrer zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen Fassung)
- BOKraft in ihrer jeweils gültigen Fassung
- „Anforderungskatalog“ des Bundesverkehrsministeriums (in seiner aktuellsten Version)
- bundesweit geltenden Rechtsgrundlagen für die Beförderung von Schüler*innen mit

StVO),
Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung (FeV),
Personenbeförderungsgesetz (PBefG))

- Gesetze und Verordnungen des Freistaats Bayern für die Schülerbeförderung
- Verordnungen, Erlasse und Bekanntmachungen des Freistaats Bayern für die Schülerbeförderung
- EU-DSGVO
- im Übrigen die Bestimmungen des BGB.

§ 11 Sonstiges

1. Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht zulässig und haben keine Gültigkeit.
2. Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
3. Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Kronach.
4. Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sind nur mit Zustimmung des Vertragspartners übertragbar
5. Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.

§12 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder infolge Änderung der Gesetzeslage oder durch höchstrichterliche Rechtsprechung oder auf andere Weise ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig werden oder weist dieser Vertrag Lücken auf, so sind sich die Parteien darüber einig, dass die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages davon unberührt und gültig bleiben. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragsparteien, unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Treu und Glauben an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt und von der anzunehmen ist, dass die Parteien sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Nichtigkeit gekannt oder vorhergesehen hätten. Entsprechendes gilt, falls dieser Vertrag eine Lücke enthalten sollte.

Verein "Hilfe für das lernbehinderte
Kind e. V." im Landkreis Kronach

Kronach, [Klicken Sie hier, um ein Datum einzugeben.](#)

[Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

[Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

Klaus Löffler
Landrat und 1. Vorsitzender

Firmenstempel und Unterschrift

Anlage 1 zum Vertrag

Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Schülerbeförderung besonders eingesetzt werden

1. Allgemeines

1.1 Anwendungsbereich

Dieser Anforderungskatalog gilt für Kraftomnibusse - Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen bestimmt sind und mit mehr als acht Fahrgastplätzen ausgerüstet sind - und

sogenannte Kleinbusse - Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen), die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen bestimmt sind und mit sechs bis acht Fahrgastplätzen ausgerüstet sind - , die zur Schülerbeförderung im Sinne des § 1 Nr. 4 Buchstabe d und/oder g der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes - Freistellungs-Verordnung - eingesetzt werden.

2. Technische Anforderungen/Ausstattung der Kraftfahrzeuge

2.1 Gesetzliche Vorschriften

Die Kraftfahrzeuge müssen ständig den Bestimmungen der StVZO und der BOKraft entsprechen.

2.2 Kennzeichnung

Kraftomnibusse müssen an Stirn- und Rückseite und Kleinbusse mindestens an der Rückseite mit den vorgeschriebenen Schulbus-Schildern gekennzeichnet sein (§ 33 Abs. 4 und Anlage 4 BOKraft).

Die Wirkung der Schilder darf durch andere Aufschriften oder Bildzeichen nicht beeinträchtigt werden.

2.3 Blinkleuchten

Kraftomnibusse und Kleinbusse sind mindestens an den Rückseiten mit zwei zusätzlichen Blinkleuchten auszurüsten, die so hoch und soweit außen wie möglich angeordnet sein müssen (Ausrüstungspflicht für alle Kraftomnibusse, die im Schulbusverkehr eingesetzt werden ab dem 1.1.1986 nach § 54 StVZO).

2.4 Sichtverhältnisse für Fahrzeugführer

Neben der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der §§ 35 b, 35 e und 56 StVZO muss der Fahrzeugführer aus normaler Sitzposition den sicherheitsrelevanten äußeren und inneren Bereich des Kraftomnibusses beobachten können (Sitzposition definiert in den "Richtlinien für die Sicht aus Kraftfahrzeugen" VkbI 1975, S. 433). Dies gilt als erfüllt, wenn

- 2.4.1 eine in 1,20 m Höhe über dem Erdboden und in einem Abstand von 0,30 m vor der Fahrzeugfront angeordnete Messlatte direkt
oder
über zusätzliche Frontspiegel indirekt gesehen werden kann (geringfügige Einschränkungen des Sichtfeldes z. B. durch Fensterstege und Scheibenwischerarme bleiben unberücksichtigt);

- 2.4.2 über die vorgeschriebenen oder zusätzlichen Außenspiegel die äußeren Bereiche der Ein- und Ausstiege beobachtet werden können, die nicht unmittelbar einzusehen sind;
- 2.4.3 über Innenspiegel der Fahrgastraum und die Ein- und Ausstiege eingesehen werden können;
- 2.4.4 in Kraftomnibussen mittels baulicher Maßnahmen, z. B. Schwenkbügel, sichergestellt ist, dass sich neben dem Fahrzeugführer keine Personen aufhalten können (§ 35 b Abs. 2 StVZO) Begleitpersonen, auf besonders gekennzeichneten Sitzen, sind davon ausgenommen.

2.5 Ein- und Ausstiege

- 2.5.1 Die untersten Trittstufen der Ein- und Ausstiege von Kraftomnibussen dürfen maximal 0,40 m über der Fahrbahn liegen (§ 35 d Abs. 2 StVZO).
- 2.5.2 Wird bei Kraftomnibussen eine Höhe von 0,30 m bei den unteren Trittstufen überschritten, sind Haltegriffe oder Haltestangen im Bereich der Ein- und Ausstiege anzubringen, die von Schulkindern - auch von Erstklässlern - beim Ein- und Aussteigen benutzt werden können (VkB1 1980, S. 537). Dies gilt als erfüllt, wenn die Haltegriffe oder Haltestangen von der Fahrbahn aus erreicht werden können und dabei eine Höhe von 700 mm nicht überschritten wird.
- 2.5.3 Trittstufen der Ein- und Ausstiege müssen trittsicher und auch in feuchtem Zustand rutschhemmend sein (§ 35 d Abs. 1 StVZO).
- 2.5.4 In den Bereich der Ein- und Ausstiege dürfen keine Gegenstände hineinragen, die eine Gefährdung mit sich bringen könnten (§ 35 d Abs. 1 StVZO). In diesem Bereich befindliche Sitze dürfen nicht benutzt werden und müssen hochgeklappt und gesichert bzw. ganz ausgebaut sein. Sitze für Begleitpersonen, die von solchen Personen benutzt werden (§35 b Abs. 2 StVZO), sind hiervon ausgenommen.
- 2.5.5 Kraftomnibusse und Kleinbusse müssen eine elektrische Innenbeleuchtung haben (§ 54 a StVZO). Die Ein- und Ausstiege von Kraftomnibussen müssen hinreichend ausgeleuchtet sein, solange die Türen nicht vollständig geschlossen sind.

2.6 Fahrgasttüren

- 2.6.1 Türen, Türverschlüsse und ihre Betätigungseinrichtungen müssen so beschaffen sein, dass ein unbeabsichtigtes Öffnen der Türen nicht zu erwarten ist (§ 35 e StVZO).
- 2.6.2 In Kraftomnibussen muss dem Fahrzeugführer der geschlossene Zustand der Fahrgasttüren sinnfällig angezeigt werden.
- 2.6.3 An fremdkraftbetätigten Türen in Kraftomnibussen müssen
 - 2.6.3.1 die Hauptschließkanten mit ausreichend breiten und nachgiebigen Schutzleisten gesichert sein (§ 30 StVZO; VkB1 1978, S. 495),
 - 2.6.3.2 mit Ausnahme der direkten Einflussbereich und Sichtfeld des Fahrzeugführers liegenden und von ihm zu betätigenden Fahrgasttüren alle anderen Fahrgasttüren mit Einrichtungen ausgerüstet sein, die ein Einklemmen von Personen verhindern (z. b. Reversiereinrichtungen) (§ 35 e Abs. 5 StVZO - VkB1 1984, S. 556 - Ausrüstungspflicht für Kraftomnibusse, die ab dem 1.1.1986 neu in den Verkehr kommen),

2.6.3.3 vorhandene Schutzeinrichtungen ständig betriebsbereit sein. (Dies gilt insbesondere für Einrichtungen zur Vermeidung des Einklemmens von Fahrgästen in Kraftomnibussen, die vor dem 1.1.1986 erstmals in Verkehr kamen.)

2.7 Fahrgastraum

2.7.1 Die Fußböden in Kraftomnibussen müssen auch in feuchtem Zustand ausreichend rutschhemmend sein (§ 35 d StVZO).

2.7.2 Die im Aufenthalts- und Bewegungsbereich der Schüler befindliche Innenausstattung (einschließlich Fahrscheinentwerfer) muss so beschaffen sein, dass beim Betrieb und bei Unfällen der Kraftfahrzeuge Verletzungen möglichst gering und auf das unvermeidbare Maß beschränkt bleiben (§ 30 StVZO):

- Haltegriffe und sonstige Halteeinrichtungen sowie deren Befestigungen dürfen keine scharfen Kanten aufweisen. Sie müssen soweit abgepolstert sein, dass Aufprallverletzungen weitgehend vermieden werden,
- Aschenbecher, Leuchten, Garderobenhaken, klappbare Armlehnen und andere Fahrzeugteile müssen bündig eingelassen oder abgepolstert sein.

2.8 Sitz- und Stehplätze

2.8.1 Sitzplätze

2.8.1.1 In Kraftomnibussen, die ab dem 1.5.1984 erstmals in den Verkehr kamen, dürfen nur so viel sitzende Schüler befördert werden, wie im Fahrzeugschein Sitzplätze ausgewiesen sind (§ 34 a StVZO i. d. F. vom 17.4.1984).

2.8.1.2 In Kraftomnibussen, die vor dem 1.5.1984 erstmals in den Verkehr kamen, dürfen im Rahmen des zulässigen Gesamtgewichts jeweils zwei nebeneinanderliegende Sitzplätze mit 3 Schülern, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, besetzt werden, wenn die Anordnung der Sitze zueinander dies gestattet oder wenn Sitzbänke vorhanden sind (§ 34 a StVZO (alt); § 35 a StVZO).

2.8.1.3 Kleinbusse, die ab dem 1.5.1979 erstmals in den Verkehr kamen, sind auf den im Fahrzeugschein ausgewiesenen Sitzplätzen mit Sicherheitsgurten ausgerüstet. Sofern Alter und Größe der Schüler das Anlegen der Sicherheitsgurte nicht gestatten, sind geeignete Rückhalteeinrichtungen für Kinder mitzuführen (z.B. liegt eine Genehmigung nach ECE-Regelung Nr. 44 vor).

2.8.2 Stehplätze

2.8.2.1 Stehplätze sind in Kleinbussen nicht und in Kraftomnibussen nur in dem Umfang zulässig, wie sie im Fahrzeugschein ausgewiesen und im Fahrzeug angeschrieben sind.

2.8.2.2 Für Stehplätze müssen geeignete Halteeinrichtungen in ausreichender Anzahl vorhanden sein (§ 34 a StVZO i. d. F. vom 17.4.1984; VkB 1980, S. 537). Sie müssen so beschaffen und angeordnet sein, dass sie auch von Schülern aller Altersklassen benutzt werden können.

2.8.3 Nutzung der maximal zulässigen Stehplätze

Ob und wie weit die im Fahrzeugschein ausgewiesenen Stehplätze genutzt werden dürfen, ist vom Einzelfall abhängig (Entscheidung des Schulaufwandsträger, der die

Beförderungsleistung vergibt). Gründe für eine niedrigere Ausnutzung der nach § 34 a StVZO maximal zulässigen Stehplätze können z. b. sein:

- Alter der Schüler,
- Häufigkeit und Dauer der starken Stehplatzbelegung,
- Beförderungsdauer für Schüler,
- Straßen- und Verkehrsverhältnisse auf der Beförderungsstrecke.

3. Betrieb der Kraftfahrzeuge

3.1 Die Kraftfahrzeuge sind nur in betriebs- und verkehrssicherem sowie in sauberem Zustand einzusetzen (§ 30 Abs. 1 und § 31 Abs. 2 StVZO).

3.2 Während des Betriebs sind die Kraftfahrzeuge den Umständen entsprechend zu heizen und/oder zu lüften.

3.3 Die Beförderung von stehenden Schülern auf Flächen, die als Stehplatzflächen nicht zulässig sind, ist verboten, hierzu gehören z. B.:

- Trittstufen der Ein- und Ausstiege,
- die von Personen freizuhaltende Fläche neben dem Fahrersitz (siehe 2.4.4).

4. Überprüfungen und Kontrollen

4.1 Zur Feststellung, ob die eingesetzten Kraftfahrzeuge den einschlägigen Vorschriften sowie den Anforderungen dieses Kataloges entsprechen, kann die zuständige Behörde die Vorlage eines Gutachtens eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr verlangen.

4.2 Der Schulträger (Träger der Schülerbeförderung) ist berechtigt, den Schulbusverkehr einschließlich des Zustandes und der Ausrüstung der Kraftfahrzeuge in unregelmäßigen Abständen zu überprüfen oder überprüfen zu lassen.

4.3 Werden bei vorgeschriebenen Untersuchungen (§ 29 StVZO, §§ 41 und 42 BOKraft), bei polizeilichen Kontrollen oder bei Überprüfungen durch die zuständige Behörde Mängel festgestellt, hat der Unternehmer diese unverzüglich zu beseitigen.

Anlage 2 zum Vertrag
Muster einer Verpflichtungs- und Haftungsfreistellungserklärung
(nur im Auftragsfall zu unterzeichnen)

1. Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 trat das Mindestlohngesetz (MiLoG) in Kraft. Es regelt einen flächendeckenden, branchenunabhängigen Mindestlohn. Es sieht vor, dass jeder Arbeitnehmer in Deutschland einen Anspruch auf Mindestlohn hat. Dieser beträgt derzeit 13,90 €. Die Einhaltung dieses Gesetzes obliegt nicht nur den Auftragnehmern, sondern auch deren Auftraggebern.

Der Auftragnehmer bestätigt gegenüber dem Auftraggeber hiermit ausdrücklich die ausnahmslose Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Mindestlohngesetzes, insbesondere die Einhaltung der nachfolgenden Bestimmungen:

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei Ausführung von Aufträgen des Auftraggebers alle ihm aufgrund des Mindestlohngesetzes obliegenden Pflichten in seinem Betrieb einzuhalten. Hiervon sind insbesondere -aber nicht abschließend- umfasst:

- Entsprechend § 20 MiLoG ein Arbeitsentgelt an seine im Inland beschäftigten Arbeitnehmer/innen mindestens in Höhe des Mindestlohns nach § 1 Abs. 2 MiLoG spätestens zu dem in § 2 Abs. 1 MiLoG bestimmten Fälligkeitszeitpunkt zu zahlen.
- Entsprechend § 17 MiLoG Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit seine Arbeitnehmer/innen rechtzeitig aufzuzeichnen und diese Aufzeichnungen mindestens zwei Jahre beginnend an dem für die Aufzeichnung maßgeblichen Zeitpunkt aufzubewahren.
- Entsprechend § 16 MiLoG als Arbeitgeber mit Sitz im Ausland vor Beginn jeder Werk- oder Dienstleistung eine schriftliche Anmeldung in deutscher Sprache bei der zuständigen Behörde der Zollverwaltung vorzulegen.

2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Fahrpersonal diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die verbindlich vorgegeben werden. Dazu zählen Vorgaben nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für den allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder nach der nach § 3a ACiG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung. Außerdem gilt die Verpflichtung gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen.

3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich des Weiteren unwiderruflich dazu, den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern von sämtlichen Ansprüchen und Forderungen Dritter, - einschließlich – aber nicht abschließend- von

- Forderungen der eigenen Arbeitnehmer
- behördlichen Forderungen einschließlich etwaig rechtskräftig festgesetzter Bußgelder sowie von behördlich erteilten Auflagen
- sowie auch wegen der im Zusammenhang hiermit anfallenden Rechtsverfolgung und Rechtverteidigungskosten rechtsverbindlich

freizustellen

sofern die geltend gemachten Ansprüche und Forderungen auf einer behaupteten Verletzung der dem Auftragnehmer aufgrund des Mindestlohngesetzes, des AentG, des EntgTranspG, des AGG und des ACIG obliegenden Pflichten beruhen.

4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen, wenn gegenüber dem Auftragnehmer zivilrechtliche Ansprüche eigener Arbeitnehmer geltend gemacht werden, sofern diese Ansprüche im Zusammenhang mit dem Mindestlohngesetz, dem AEntG, dem EntgTranspG, dem AGG und dem ACIG stehen, oder wenn gegen den Auftragnehmer ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden ist und das Ordnungswidrigkeitsverfahren im Zusammenhang mit den oben genannten Gesetzen deren Verordnungen steht.

5. Für den Fall des Verstoßes gegen die Pflichten aus den oben genannten Gesetzen und deren Verordnungen durch den Auftragnehmer sowie auch für den Fall des Verstoßes des Auftragnehmers gegen die von ihm in dieser Vereinbarung übernommenen Pflichten ist der Auftraggeber außerdem berechtigt, den Vertrag außerordentlich und fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen.

_____, den _____

Busunternehmen
Geschäftsführer

Merkblatt für die Schulung von Fahrzeugführern bei der Beförderung von Schulkindern

Sehr geehrte Fahrerin, sehr geehrter Fahrer,

als Fahrerin/Fahrer eines Kraftfahrzeuges bei der Beförderung von Schulkindern tragen Sie eine besondere Verantwortung für das Leben und die Gesundheit vieler Schüler. Die folgenden Hinweise sollen Ihnen helfen, sich Ihrer hohen Verantwortung entsprechend zu verhalten.

Grundsätzlich zeichnet sich ein guter Fahrer dadurch aus, dass er im Straßenverkehr erhöhte Vorsicht walten lässt und sich sowohl gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern als auch gegenüber den Fahrgästen rücksichtsvoll und besonnen verhält. Ebenso wird erwartet, dass er defensiv fährt und sich in allen Situationen des Straßenverkehrs vorausschauend verhält und nicht versucht, sich gegen andere Verkehrsteilnehmer rücksichtslos durchzusetzen.

Bedenken Sie bitte auch, dass Sie nicht nur durch Ihr Verhalten während der Fahrt, sondern auch schon durch die Vorbereitung der Fahrt einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit der Fahrgäste leisten können.

Wenn Sie die jeweilige Fahrt pünktlich antreten, sind Sie z. B. später nicht gezwungen, etwaige Verspätungen einzuholen. Sollte es tatsächlich zu einer Verspätung kommen, ist es weder vertretbar, dass Sie die Geschwindigkeit so erhöhen, dass dies zu einer Gefährdung der Fahrzeuginsassen führt, noch dass Sie die vorgeschriebene Fahrstrecke verlassen.

Als Fahrerin/Fahrer eines Kraftfahrzeugs zur Schülerbeförderung müssen Sie in manchen Situationen erhöhte Geduld aufbringen. Dass Sie diese zusätzliche Anforderung erfüllen, verdient besondere Anerkennung. Gerade durch Ihr ruhiges und besonnenes Verhalten können Sie ein gutes Beispiel für die Kinder geben. Führen Sie Gespräche mit den Kindern in freundlicher, sachlicher Form. Verzichten Sie auf unnötige Unterhaltung. Vor allem eine Auseinandersetzung mit einzelnen Schülern kann Ihre Aufmerksamkeit stark beeinträchtigen.

Bitte beachten Sie vor allem immer folgende Punkte:

- Überzeugen Sie sich vor Antritt der Fahrt davon, dass sich das Kraftfahrzeug in einem verkehrs- und betriebssicheren Zustand befindet.
- Bringen Sie die Schulbusschilder vorschriftsmäßig an.
- Führen Sie Führerscheine und Fahrzeugpapiere mit.
- Halten Sie die Lenk- und Ruhezeiten ein.
- Halten Sie die Fahrstrecke und den Fahrplan ein. Gegenüber dem Fahrplan kürzere Fahrzeiten sind durch ein entsprechend längeres Warten an den jeweiligen Haltestellen auszugleichen.
- Fordern Sie in Kleinbussen zum Anlegen der Sicherheitsgurte/Rückhalteeinrichtungen auf.
- Zeigen Sie frühzeitig An- und Abfahrten an.
- Fahren Sie erst ab, wenn die Türen geschlossen sind und die Kinder ihre Plätze eingenommen haben.
- Überschreiten Sie nicht die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Passen Sie die Geschwindigkeit den jeweiligen Umständen an (Verkehrsdichte, Fahrbahnzustand, Sichtverhältnisse).
- Fahren Sie mit äußerster Vorsicht langsam und jederzeit anhalte bereit an Haltestellen heran. Verhalten Sie sich so, dass eine Gefährdung der Kinder und der übrigen Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen ist.
- Halten Sie in vorhandenen Haltebuchten oder an Schutzgittern.
- Schalten Sie das Warnblinklicht ein, solange Kinder ein- und aussteigen.
- Öffnen Sie die Türen erst dann, wenn das Fahrzeug steht und gefahrlos ausgestiegen werden kann.

- Weisen Sie auf geordnetes Ein- und Aussteigen hin.
- Fordern Sie die Schüler auf, die Fahrbahn erst nach Abfahren des Busses zu überqueren.
- Beobachten Sie die Einstiege vor und nach dem Schließen der Türen.
- Fahren Sie nur mit Einweiser rückwärts.

Sie sind befugt, im Einzelfall Schüler nach Ermahnung von der Beförderung auszuschließen, wenn dies zwingend erforderlich ist, um die Sicherheit und Ordnung während der Fahrt aufrechtzuerhalten. Dies darf nur an Haltestellen und dann geschehen, wenn eine Gefährdung der Schüler nicht zu erwarten ist. Bei Schülern von Grundschulen sollte grundsätzlich von solchen Maßnahmen abgesehen werden.

Beispiele für Verhaltensfälle, die zum Beförderungsausschluss berechtigen:

- Erhebliche Gefährdung oder Belästigung des Fahrers und der mitfahrenden Schüler,
- Beschädigung des Fahrzeugs,
- eigenmächtiges Öffnen der Türen während der Fahrt,
- aus dem Fahrzeug werden Gegenstände geworfen oder hinausgehalten.

Melden Sie Vorfälle dieser Art umgehend der Schule. Bedenken Sie jedoch, dass Sie kein Züchtigungsrecht gegenüber den Kindern haben.

Melden Sie bitte Ihrem Unternehmer

- festgestellte Mängel,
- wenn nicht alle Schüler wegen mangelnder Platzkapazität mitgenommen werden konnten,
- Abweichungen von der Streckenführung,
- besondere Gefahrenquellen für den Schulbusbetrieb auf Fahrstrecken und an Haltestellen,
- den Beförderungsausschluss von Schülern

Übrigens:

- Ihr persönliches Wohlbefinden ist die beste Voraussetzung für sicheres Fahren.
- Deshalb: keine Medikamente, die die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen; nicht rauchen während der Fahrt; keinen Alkohol.

Die Eltern sowie die Kinder und Jugendlichen, die Ihnen anvertraut sind, werden Ihnen für die sichere Beförderung dankbar sein.